

DIE SCHWEIZER WIRTSCHAFT IN DEN INTERNATIONALEN
ZUSAMMENHAENGEN

Referat von Bundesrat F. HONEGGER

Es freut mich, heute mit Ihnen zusammentreffen zu können. Ich lese mit Interesse Ihre Berichte, für die ich Ihnen bei dieser Gelegenheit herzlich danken möchte und die für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik eines mit der Umwelt so stark verflochtenen Landes wie der Schweiz von unmittelbarer Bedeutung sind. Wir müssen wissen, was auf uns zukommt, welche Auswirkungen die Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik des Auslandes auf unsere aussenwirtschaftlichen Beziehungen haben könnte. Umgekehrt lesen Sie unsere Botschaften, Parlamentsdebatten, Anträge und Vorträge, denn als Vertreter der Schweiz in Ihren Gastländern müssen Sie ja auch wissen, wie die nationale Realität aussieht, die Sie Ihren Partnern gegenüber zu erläutern und welche Interessen Sie zu vertreten haben.

Heute haben wir nun Gelegenheit, ein direktes und, wie ich hoffe, lebendiges und ungezwungenes Gespräch zu führen. Mein Beitrag soll darin bestehen, Ihnen vorerst zu schildern, mit welchen Problemen sich der Chef des Volkswirtschaftsdepartements vordringlich zu befassen hat. Sie sind in grundsätzlicher Hinsicht wohl nicht viel anders als diejenigen, die die Wirtschaftsminister der übrigen westlichen, d.h. marktwirtschaftlich organisierten Länder bedrängen, doch befinden wir uns vermutlich in einer etwas komfortableren Ausgangslage als die uns umgebenden Länder. Ich möchte dann aus Sicht der Schweiz die international sich abspielende Auseinandersetzung über eine optimale wirtschaftspolitische Strategie mit Ihnen zu diskutieren suchen und schliesslich auf die Auswirkungen zu sprechen kommen, die eine krisengeschüttelte Umwelt auf die Schweizer Aussenwirtschaft ha-

ben kann. Ich stehe Ihnen gerne für eine erste Diskussionsrunde zur Verfügung; in der zweiten Hälfte des Nachmittags werden Staatssekretär Jolles und die Herren des BAWI bereit sein, die einzelnen Themen mit Ihnen noch weiter zu vertiefen.

Zunächst zur Wirtschaftslage. Zwar hat die Konjunktur auch bei uns ihren Höhepunkt überschritten. Indessen sind unsere Industrien grösstenteils noch immer hochkonjunkturähnlich ausgelastet. Der Arbeitsmarkt ist weitgehend ausgetrocknet. Verschiedene Wirtschaftszweige beklagen sich über Engpässe namentlich bei qualifizierten Arbeitskräften. Darüber hinaus beschäftigt unsere Wirtschaft weiterhin mehr als eine halbe Million Gastarbeiter.

Der Aussenhandel entwickelt sich günstig. Trotz Rezession in den meisten Absatzländern vermochten sich unsere Exporte auf dem hohen Niveau des vergangenen Jahres zu halten. Dagegen sind die Einfuhren nach rund fünf Jahren kräftiger Zunahme mit zumeist zweistelligen Zuwachsraten erstmals wieder rückläufig. Das dürfte sehr wahrscheinlich die nächsten Monate anhalten. Das Defizit der Handelsbilanz bleibt bereits nach den ersten sieben Monaten um rund 2 Milliarden Franken hinter dem letztjährigen Niveau zurück. Unsere Ertragsbilanz könnte somit - nach einem leichten Fehlbetrag im Vorjahr - 1981 wieder mit einem Ueberschuss in Höhe von mehreren Milliarden Franken abschliessen. Ein Unikum in Europa.

Dieses in einem internationalen Quervergleich beneidenswert anmutende Gesamtbild verdanken wir nicht zuletzt auch der relativen Schwäche des Frankenkurses. Diese hat die Konkurrenzstellung von Exportindustrie und Tourismus erheblich gestärkt. Der Tourismus kennt eine Blüte wie selten.

Kehrseite dieser Medaille - insbesondere des Kursverlustes gegenüber dem Dollar von rund 25 % innerhalb eines Jahres - und zugleich Problem Nummer eins der schweizerischen Wirtschaftspo-

litik ist andererseits die rasche Beschleunigung des Preisauftriebs. Die hausgemachte Teuerung - eine Spätfolge der Hochkonjunktur - hat zusammen mit dem wechselkursbedingten Anstieg der Importpreise die Jahresteuern auf über 6 % anwachsen lassen.

Bundesrat und Nationalbank sind der Auffassung, dass in dieser Lage der Verminderung des Geldwertschwundes die erste Priorität zukommen muss, und zwar vorzugsweise über das Instrument der Geldpolitik.

Inflationsbekämpfung kann indessen nicht Sache der Geldpolitik allein sein. Ebenso wichtig ist ihre Unterstützung durch die Budgetpolitik.

Damit habe ich zugleich den zweiten schwergewichtigen Problembereich angesprochen, die Sanierung der Bundesfinanzen! Der Bundesrat hat viel Zeit dafür verwendet, den Zuwachs in Schranken zu halten. Ausgaben unter 10 %. Zwar befinden wir uns auch in dieser Beziehung noch in einer vergleichsweise günstigen Lage. Die Fehlbeträge der öffentlichen Hand sind in der Schweiz mit einem Anteil von rund 1 % am Sozialprodukt relativ bescheiden. Vergleichsweise beziffert sich dieser Anteil in den USA auf 2 1/2 %, in der BRD auf 4 1/2 % und in Italien gar auf 8 %.

In einer Periode der Vollbeschäftigung lassen sich bei steigender Teuerung indessen auch bescheidene Budgetdefizite des Staates volkswirtschaftlich nicht verantworten. Sie erschweren die Inflationsbekämpfung und erhöhen ihre Kosten.

Trotz mehrerer Sparrunden hat sich die Finanzlage des Bundes nun seit bereits 10 Jahren ständig verschlechtert. Zahlreiche neue laufende Aufgaben sind dem Bund in einer Periode raschen wirtschaftlichen Wachstums und überhitzter Konjunktur zu Beginn der 70er Jahre aufgebürdet worden. Im Zuge einer zunehmenden Anspruchs-

haltung und einer forcierten Entwicklung hin zum Sozialstaat ist die Gesamtverschuldung des Bundes auf rund 23 Milliarden Franken angestiegen!

Die damit verbundene Zinsbelastung engt den Handlungsspielraum von Bundesrat und Parlament sehr stark ein. Dringende neue Aufgaben und Verpflichtungen des Bundes können aus den laufenden Einnahmen nicht mehr bestritten werden. Auch die Aussenwirtschafts- und Aussenpolitik wird dadurch leider betroffen. Das Exportförderungsprogramm der OSEC musste reduziert, das Leistungsangebot der Exportrisikogarantie abgebaut und für die Exportwirtschaft auch wesentlich verteuert werden. Obschon gerade die Entwicklungshilfe aus aussenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen und wegen des grossen Nachholbedarfs von Kürzungen verschont werden sollte, ist es leider innenpolitisch unumgänglich, auch diese Aufwendungen in das Sparprogramm einzubeziehen. Zwar sollen nicht die Rahmenkredite herabgesetzt oder ihre Geltungsdauer verlängert, sondern soweit als möglich nur die Auszahlungen des kommenden Jahres zeitlich verschoben werden. Der Bundesrat ist jedenfalls entschlossen, die in den vergangenen Jahren eingeschlagene Politik einer langsamen, aber stetigen Erhöhung der Entwicklungshilfe weiter zu verfolgen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum allerdings etwas abflachen. Das in den Regierungsrichtlinien vorgesehene Ziel von 0,31 % des Brutto-sozialproduktes für die Jahre 1981/82 wird nicht eingehalten werden können. Immerhin haben wir den Anteil im vergangenen Jahr auf 0,24 % gesteigert. Auch stehen wir mit Bezug auf privatwirtschaftliche Kapitalübertragungen - Anleihen, Banken- und Exportkredite, Privatinvestitionen - mit über 3 % BSP im internationalen Quervergleich erfreulicherweise an der Spitze. Sie können somit den Vorwurf, dass die Schweiz als reiches Land beschämend wenig leistet, mit dem Hinweis kontern, dass dort, wo sie tatsächlich reich ist, nämlich in der Privatwirtschaft, sie international einen Löwenanteil erbringe; die Bundeskasse aber sich mit den Kantonen und Gemeinden in das Steueraufkommen teilen müsse und

daher keineswegs zu den Wohldotierteren gehöre.

Das eben skizzierte gesamtwirtschaftliche Bild müsste mich eigentlich als Volkswirtschaftsminister mit tiefer Zufriedenheit erfüllen. Allerdings weiss ich um die langen Schatten, die namentlich von der Lage im Ausland auf dieses Bild einwirken. Mit andern Worten: Die Zukunft ist bei weitem nicht frei von Risiken. Ich sehe namentlich drei Gefahren:

- In den letzten Jahren ist zwar die Strukturanpassung in unserer Volkswirtschaft - nicht zuletzt unter dem Druck wiederholter kräftiger Aufwärtsschübe der Währung und vom Markte gesteuert - zügig vorangekommen. Ich werde heute den Eindruck nicht ganz los, dass dieser Prozess im hochkonjunkturähnlichen Klima der letzten 12 - 18 Monate eher an Schwung verloren hat. Die Ertragslage der Firmen ist nicht mehr so rosig wie noch vor einigen Jahren und vor allem die Reserven sind kleiner geworden.
- Im Zuge der restriktiven Geldpolitik, eines verringerten Zinsabstandes zum Ausland bei immer noch ausgeprägten Inflationsunterschieden, aber auch der unverkennbaren Tendenz zu erneuten Ueberschüssen in unserer Ertragsbilanz kann zudem eine reale Frankenaufwertung nicht ganz ausgeschlossen werden. Angesichts der steten Gefahr des "Ueberschiessens" an den Devisenmärkten besteht damit das Risiko, dass ein kräftiger Wechselkursschub von einer Wirtschaft aufgefangen werden müsste, deren Ertragslage immer noch vielfach als unbefriedigend bezeichnet wird, deren Rationalisierungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sind und deren finanzielle Reserven oft nicht mehr ausreichen dürften, um unbeschadet eine längere Durststrecke zu überstehen.
- In einer von Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und drückenden Zahlungsbilanzproblemen geprägten Umwelt stellen wir ferner ein Anwachsen protektionistischer Tendenzen fest. Der für unsere Wirtschaft lebenswichtige freie Zugang zu den aus-

ländischen Absatzmärkten erscheint zunehmend bedroht.

Protektionismus ist jedoch nur ein Symptom. Ich kann der Feststellung des OECD-Sekretariates durchaus beipflichten, dass die heutigen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten das Resultat von realen Veränderungen (Erdölpreise) aber auch - nicht minder wichtig - von wirtschaftspolitischen Fehlern in der Vergangenheit sind. Insbesondere die Rechnung "mehr Inflation = mehr Arbeitsplätze" ist zweifelsohne in den letzten Jahren nicht aufgegangen. Eine während Jahren zu grosszügige Geld- und Budgetpolitik hat viele Länder in eine hoffnungslose Stagflation hineingetrieben. "Grössere Teuerung und höhere Arbeitslosigkeit" ist heute die Quittung für diese Politik.

Es kann uns, mit andern Worten, nicht gleichgültig sein, wie künftig die wirtschaftspolitischen Prioritäten gesetzt und mit welchen Instrumenten sie angegangen werden. Eine Vielzahl tiefgreifender Rückwirkungen auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen pflügt mit wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen einherzugehen. Die heutige Zeit bietet uns dafür hinreichendes Anschauungsmaterial. So war es denn auch nicht verwunderlich, dass am Gipfel von Ottawa wirtschaftspolitische Fragen ins Zentrum der Diskussion gerückt sind.

Als Antwort auf den zweiten Erdölschock ist bekanntlich im Rahmen der OECD - so z.B. an den Ministerkonferenzen von 1979 und 1980 - die Zielrichtung der wirtschaftspolitischen Strategie in dem Sinne einvernehmlich festgelegt worden, als die Priorität eindeutig auf die Bekämpfung der Inflation - vorzüglich über die Geldpolitik - gelegt worden ist.

Keynesianisches demand-management war nicht mehr gefragt. Stichworte wie Lokomotiv- oder Konvoy-Theorie verschwanden - glücklicherweise - aus dem Vokabular internationaler wirtschaftspolitischer Diskussionen.

Mit den politischen Veränderungen in den USA sowie vor allem in Frankreich zu Beginn bzw. im Frühjahr dieses Jahres scheint dieser wirtschaftspolitische Parallelismus vorerst sein Ende gefunden zu haben. Die Bruchstelle in den Konzeptionen ist erstmals an der OECD-Ministerkonferenz vom letzten Juni recht deutlich manifest geworden und hat ihre Fortsetzung am Gipfel von Ottawa gefunden: "Reagonomics versus Renaissance des klassischen Keynesianismus" sind die beiden zur Zeit gegensätzlichsten Positionen.

In den USA macht sich der neue Präsident mit charismatischer Ueberzeugungskraft an die Verwirklichung seines wirtschaftspolitischen Programmes. Auf diesem Wege hat er bereits erstaunliche Etappen zurückgelegt - vielleicht noch nicht ganz alle. Die Eckpfeiler seines Programmes sind:

1. Prioritärer Kampf gegen die Inflation, vor allem über eine restriktive und verstetigte Geldpolitik.
2. Ueber eine substantielle Reduktion der Staatsausgaben soll bis zum Jahre 1984 der Budgetausgleich erzielt werden - ob das gelingt, wollen wir noch sehen; ein Ziel, das nach neuesten Informationen allerdings nur über weitere und noch drastischere Ausgabenkürzungen für die Jahre 1983 und 1984 erreicht werden kann, dies vor allem dann, wenn sich die Wachstumserwartungen der Equipe Reagan im Gefolge ihrer "supply economics" zeitlich und grössenordnungsmässig als zu optimistisch herausstellen sollten. Gerade zu diesem Punkt würde mich die Auffassung von Botschafter Hegner ganz speziell interessieren.
3. Ueber eine ganze Palette von Steuersenkungen auf individueller und Firmenebene sollen Anreize zur Verbesserung der Arbeits- und Investitionsbereitschaft geschaffen und so das Wachstum erhöht werden. Auch hier kann noch ein Fragezeichen gesetzt werden.

4. Ganz allgemein soll das Vertrauen in die Marktkräfte gestärkt werden, und zwar über einen Abbau bürokratischer Hemmnisse und einschränkender administrativer Vorschriften. Dieses marktwirtschaftliche Rezept wird auch für die Entwicklungspolitik gefordert. (Persönliche Vorliebe für dieses System, wie ich dies kundgetan habe).

Für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik von Präsident Reagan liegen keine Präzedenzfälle vor. Entscheidend für ihr Gelingen wird sein, wie rasch und wie stark die namentlich über die Fiskalreform geschaffenen Stimuli auf privater und Unternehmensebene tatsächlich zur anvisierten Steigerung der Leistungsbereitschaft und die freigesetzten Mittel über eine vermehrte Ersparnisbildung zur Vornahme neuer und produktiver Investitionen führen werden. Wesentliches wird aber auch von den Erfolgen der US-Geldpolitik im Kampf gegen die Teuerung abhängen sowie davon, dass diese Anstrengungen nicht durch ein Fehlschlagen der Bemühungen um einen Budgetausgleich zunichte gemacht werden. Die Meinungen über das diesbezügliche "Timing" gehen auseinander. Während Präsident Reagan am Gipfel von Ottawa seine besorgten europäischen Gesprächspartner mit dem Hinweis zu beruhigen versuchte, dass er noch für dieses Jahr eine Senkung der Inflationsrate auf ein Niveau von deutlich unter 10 % erwarte, verbunden mit einer entsprechenden Rückbildung der Dollarzinsen, scheinen die Auffassungen insbesondere des Fed nicht so optimistisch zu sein.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz aus schweizerischer Sicht auf die Kontroverse um die sogenannte "Hochzinspolitik" der USA eingehen, wie sie im Vorfeld des Gipfels von Ottawa publizistisch hochgespielt worden ist.

Wir verstehen durchaus die Sorgen mancher europäischer Länder über die hohen und volatilen Dollarzinsen sowie über den festen und abrupten Schwankungen unterliegenden Dollarkurs.

Verbunden damit sind eine Verschärfung der importierten Inflation, eine Verschlechterung der Terms of Trade und eine zusätzliche Passivierung der Leistungsbilanzen. Dazu kommt die Einengung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes in dieser besonderen aussenwirtschaftlichen Konstellation. Dennoch haben wir nicht in den Chor jener europäischen Partnerstaaten miteinstimmen wollen, die glaubten, Druck auf die Amerikaner ausüben zu müssen, um mehr Luft im eigenen Hause zurückzugewinnen. Nachdem sich die USA - übrigens zum ersten Mal in den letzten zwanzig Jahren wirklich glaubwürdig, weil mit tauglichen Mitteln, - an die Reduktion ihrer mittlerweile zweistelligen Inflationsrate heranwagen - dies vielleicht nicht zuletzt auch aufgrund langjähriger Vorhaltungen ihrer europäischen Partner - haben wir weder eine Legitimation noch ein Interesse, dass die "Uebung" einmal mehr auf halbem Wege abgebrochen und haltgemacht wird.

Die Wirtschaftspolitik eines Landes mit dem weltwirtschaftlichen Potential der USA bringt in jedem Fall Anpassungszwänge und damit Kosten für den Rest der Welt mit sich - sei sie nun gut oder schlecht! -. Die Vergangenheitserfahrungen liefern dazu ausreichendes Anschauungsmaterial. Nachdem die Turbulenzen an den Devisenmärkten infolge einer ausgeprägten Dollarschwäche seinerzeit den Ruf "los vom Dollar" geweckt haben, macht heute erneut das Schlagwort von einer europäischen Abkoppelungsstrategie die Runde: weg von den hohen Dollarzinsen über eine konzertierte Aktion zur Senkung des europäischen Zinsniveaus. Die Apologeten einer solchen Strategie verkennen - ob bewusst oder unbewusst, bleibe dahingestellt - zweierlei:

- Einmal den Umstand, dass das hohe europäische Zinsniveau überwiegend hausgemachter Natur ist, nämlich die direkte Konsequenz einer hohen Inflationsrate, exorbitanter staatlicher Budgetdefizite und anhaltender Fehlbeträge in den Leistungsbilanzen. Das kann nicht überschätzt werden. Tiefere Zinssätze

lassen sich auf Dauer nur über eine Reduktion der Inflationsprämie in den nominalen Zinssätzen erreichen.

- Zum zweiten scheint es mir übertrieben, in dieser Kontroverse eine einheitliche Front oder gar Interessenlage der Europäer unterstellen zu wollen.
- Je nach dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA ist ein hoher Dollarkurs bei weitem nicht nur von Nachteil; er fördert die Importe nach den USA und erschwert auch gleichzeitig die amerikanischen Exporte.
- Je nach den Eigenschaften einer Währung eines Landes - Anlagecharakter oder nicht - ist das Interesse eines Landes eher auf einen starken Dollar ausgerichtet.
- Die Erfahrungen mit dem EWS haben zudem gezeigt, dass die Spannungen im Währungsverbund bei einer Dollarschwäche ausgeprägter ausfallen als bei einer Dollarstärke.
- Zudem müsste ein Scheitern der Stabilitätspolitik in den USA - und das schiene mir besonders gefährlich - die Front der stabilitätsbewussten Länder entscheidend schwächen und estatistischen Konzepten neuen Auftrieb verleihen.

In unserem Nachbarland Frankreich laufen die Uhren wieder einmal in eine andere Richtung. Die vom Tandem Giscard-Barre in die Wege geleitete "liberale Revolution" wird durch einen orthodoxen Keynesianismus im Sinne der staatlichen Konjunkturlenkung abgelöst. Gleichzeitig erfolgt eine neue Grenzziehung zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich.

- Mit einer Anhebung der Massenkaufkraft über eine Erhöhung der Mindestlöhne und Sozialleistungen soll zusätzliche Nachfrage geschaffen und damit sowohl der Konjunktur als auch der sozia-

len Gerechtigkeit nachgeholfen werden.

- In die gleiche Richtung zielt die vorgesehene massive Steigerung der öffentlichen Ausgaben unter Hinnahme von mehr als einer Verdreifachung des Staatsdefizits gegenüber 1980.
- Ueber 200'000 neue Arbeitsplätze vor allem in der Verwaltung sollen geschaffen werden.
- Ueber eine Verstaatlichung der Banken und Versicherungen sowie der 11 grössten Firmengruppen soll der Einfluss und die Kontrolle des Staates über das Wirtschaftsgeschehen ganz allgemein verstärkt werden.
- Finanziert wird dieses Programm teils über eine Neuverteilung und Erhöhung der Steuerlasten, teils aber auch über den Weg einer höheren Staatsverschuldung.

Die zur Verwirklichung dieses Programmes vorgesehenen, überwiegend dirigistischen Instrumente stehen in diametralem Gegensatz zum prononciert marktwirtschaftlichen Konzept von Reagan.

Welches sind nun die Konsequenzen dieses Bruches mit dem bisherigen Stabilitätskurs sowie mit der von Barre eingeleiteten, aber wegen der Willensäusserung der Wähler nicht zu Ende geführten positiven Anpassungsstrategie? Meine nachfolgenden Bemerkungen sind Elemente einer vorläufigen Antwort und meiner persönlichen Auffassung.

Markiert die im Juli verzeichnete Preissteigerungsrate von 1,8 % - übrigens die höchste seit Januar 1980 - bereits den Beginn des von vielen Experten vorausgesagten neuen Inflationsschubes? Um eine Abwertung des Franzosenfrankens vorerst zu verhindern und seinen Verbleib im Europäischen Währungsverbund zu sichern sowie dem massiven Aderlass an Währungsreserven Einhalt zu gebie-

ten, musste die neue Regierung Massnahmen ergreifen, die nicht unbedingt kohärent mit dem angekündigten Expansionsprogramm sind. So steht der Diskontsatz gegenwärtig bei rund 18 %, und die entsprechend hohen Kreditkosten müssen namentlich für die Klein- und Mittelbetriebe aus öffentlichen Mitteln verbilligt werden.

In der Tat stellt sich die Frage, wie die Verteidigung des Aussenwertes der französischen Währung bei einer Inflationsrate, die bald einmal dreimal so hoch sein wird wie diejenige des wichtigsten Handelspartners, in Uebereinstimmung zu bringen sein wird mit der internen Nachfragestimulierung und der Anhebung der Mindestlöhne und Sozialleistungen.

Welche währungspolitische Strategie Frankreich schlussendlich in diesem klassischen Dilemma von aussenwirtschaftlichen Sachzwängen und binnenwirtschaftlichen Stimulierungspromessen einschlagen wird, bleibt mindestens vorläufig noch ungewiss. Zur Auswahl stehen:

- die Verteidigung des aktuellen Kurses des Franc unter bewusster Inkaufnahme der Einschränkungen für den binnenwirtschaftspolitischen Spielraum. Dies stünde allerdings im Widerspruch zur erklärten Priorität der Beschäftigungsvor der Stabilitätspolitik.
- oder ein Realignement (Anpassung) der Leitkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems, beispielsweise eine Abwertung des Franzosenfrankens und eine Aufwertung der DM oder
- der Uebergang zum Floating mit gleichzeitigem Austritt aus dem EWS.

Neben dieser Unsicherheit an der Währungsfront möchte ich auf eine weitere Sorge hinweisen. Wirtschaftlich gesehen bringen

Verstaatlichungen keine Fortschritte - das beweisen alle derartigen Experimente, und zwar rund um den Globus. An dieser Stelle gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, dass das Verstaatlichungsprogramm strikt nach den Regeln des Völkerrechtes in nichtdiskriminatorischer Weise durchgeführt und die Entschädigungsfragen fair geregelt werden.

Wenn unsere Informationen stimmen, soll der französische Staat nach der Realisierung seiner innerhalb der Regierung offenbar immer noch umstrittenen Pläne über mehr als 50 % der Industrieproduktion kontrollieren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich unter diesen Voraussetzungen die Zutrittsbedingungen und Liefermöglichkeiten ausländischer Anbieter auf dem französischen Markt verbessern werden. Ich kann mir ferner nur schwer vorstellen, wie der Wettbewerb im Verhältnis zur französischen Konkurrenz in Zukunft fairer werden könnte, wenn der Staat direkt über Kredithilfen, Subventionen aller Art, Stopfen von Defiziten usw. für die Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes sorgt, gleichzeitig die Arbeitszeit reduziert und grosszügigere Ferienansprüche gewährt.

Lassen Sie mich zusammenfassen und gleichzeitig den Betrachtungshorizont sozusagen von der atlantischen auf die universale Dimension, insbesondere durch den Einbezug der Nord-Süd-Problematik, ausweiten:

Gegenüber Arbeitslosenzahlen, welche die Toleranzgrenze vielerorts längst überschreiten, gegenüber zweistelligen Teuerungsraten und exorbitanten Budgetdefiziten bei anhaltenden Fehlbeträgen in den Leistungsbilanzen gibt es keine rasch wirksamen Patentrezepte, die eine schmerzlose Remedur kurzfristig ermöglichen. Was ökonomisch richtig wäre, ist - leider - politisch selten gut! Darin liegt eine schwierige Bewährungsprobe für unsere westlichen Demokratien.

Und weil solche Erfolgsrezepte nicht existieren, sind entsprechend viele Köche mit oder ohne Rezepte am Werk. Seit Ottawa wissen wir, dass die grossen Industrieländer, jedes für sich, "seinen" Ausweg aus der derzeitigen Krise suchen will. Wohl werden die gegenseitigen Positionen besser verstanden, angenähert haben sie sich nicht. Trotzdem stellt dieser Wirtschaftsgipfel, gerade weil er gegenüber den regulären Wirtschaftsorganisationen keine neuen Entscheide gebracht hat, sondern sich auf hochrangige Konsultationen, eine Klimaverbesserung, eine Entschärfung dogmatischer Auseinandersetzungen und die Bekräftigung des politischen Willens zur Aufrechterhaltung eines offenen Weltwirtschaftssystems beschränkte, auch aus schweizerischer Sicht eine erfolgreiche Uebung dar. Herr Jolles kann in der späteren Diskussion dann noch auf einige für uns besonders wichtige Punkte hinweisen.

In einer Welt, in der die ökonomischen Eckwerte vermehrt auseinanderstreben, wird es auf die Dauer keine Ruhe an den Devisenmärkten geben können.

Anhaltende Unterschiede in der Produktivität, ausgeprägte Divergenzen im Investitionsrhythmus sowie Unterschiede in der Leistungsbereitschaft, wie wir sie insbesondere in zunehmendem Masse im Verhältnis der klassischen Industrieländer zu Japan beobachten müssen, lassen sich letztlich nur auf drei Arten ausgleichen:

- durch protektionistische Massnahmen
- durch Hinnahme eines sinkenden Lebensstandards
- oder aber über vermehrte eigene Anstrengungen

Welche dieser Anpassungsstrategien die Präferenz erhalten wird, dürfte unschwer auszumachen sein in einer Welt, in welcher der Tüchtige sehr oft geradezu suspekt geworden ist. Die "alten" Industrieländer haben - nach meinem Dafürhalten zu lange nur mit ungläubigem Staunen - zugesehen, wie Japan dank seiner

überdurchschnittlichen Flexibilität, Adaptionsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, aber auch dank einer unerhörten Disziplin und Systematik in allen Phasen der Planung, der industriellen Realisierung bis hin zur Vermarktung sich in kurzer Zeit zur Nummer eins im Weltexport wichtiger Sparten aufgeschwungen hat.

Im Zuge der wachsenden Intensität staatlicher Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen droht aber auch jener Wettbewerbsphilosophie zunehmend der Boden entzogen zu werden, welcher die industrialisierten Länder des Nordens den Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg zu verdanken haben. An die Stelle der komparativen Wettbewerbsvorteile tritt das Recht des "Stärkeren", der mit Staatskrücken in den internationalen Wettbewerb zieht und ohne Rücksicht auf Verluste - da sie ja ohnehin mit Steuergeldern gestopft werden! - den Kampf um Marktpositionen aufnimmt.

Zusätzlich belastet werden die Diskussionen über die Anpassungsstrategien durch die Probleme, die sich aus den Nord-Süd-Beziehungen ergeben. Diese bilden einen wesentlichen Bestandteil des weltwirtschaftlichen Kräftefeldes. Sie wirken auch durchaus reziprok: Der technologischen und teilweisen finanziellen Abhängigkeit der Entwicklungsländer steht die wachsende Bedeutung ihrer Märkte für die Exporte der Industriestaaten gegenüber. Trotz dieser Interdependenz vergrössert sich das Gefälle zwischen Nord und Süd in vielen Bereichen. Eine der vordringlichsten Aufgaben der kommenden Jahre muss es sein, den besonders gefährdeten Entwicklungsländern die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihnen die realwirtschaftlichen Anpassungen zu ermöglichen, ohne dass es zu grösseren politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Zusammenbrüchen kommt, die ihrerseits die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur gefährden könnten. Diese Aufgabe von bisher nie gekanntem Ausmass und mit kaum ab-

schätzbaren Risiken müssen die Staaten, das private Bankensystem und die internationalen Organisationen gemeinsam anpacken.

Auch die schweizerische Entwicklungspolitik wird sich in diese weltweiten Bemühungen einfügen müssen. Dabei kann es uns nur recht sein, dass die privatwirtschaftliche Komponente international wieder vermehrt Anerkennung findet. Diese muss aber durch staatliche Leistungen ergänzt werden. Um in Zukunft rascher an internationalen Solidaritätsaktionen teilnehmen zu können, möchten wir zusammen mit den Banken und der Exportwirtschaft ein neues Instrumentarium für Wirtschaftshilfe schaffen. Ferner erachten wir eine vermehrte schweizerische Unterstützung der Rolle der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds als angezeigt. Wir können diesen wichtigen internationalen Finanzinstitutionen nicht den Rücken kehren und die Regelung unseres Verhältnisses zu ihnen ist von durchaus gleichrangiger Bedeutung mit der Frage des UNO-Beitritts. Der Einfluss dieser Institutionen und ihrer Programme sowie des GATT können dem Konzept zum Durchbruch verhelfen, dass Unterstützungsmaßnahmen noch vermehrt dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der einzelnen Länder anzupassen sind. Jedenfalls muss die Palette der uns zur Verfügung stehenden Mittel, von der öffentlichen Hilfe bis zur Benutzung des privaten Bankensystems, von der Förderung der Privatinvestitionen bis zu spezifischen Begünstigungen im Handelsbereich zielstrebig eingesetzt werden. Innenpolitisch bleibt die Entwicklungspolitik in der Schweiz jedoch eine schwierige Aufgabe. Gewisse Kreise möchten widerstreitende entwicklungspolitische Philosophien dazu benützen, um internschweizerische Systemveränderungen sozusagen von aussen her zu bewirken. Dadurch sind weite Teile der Bevölkerung und des Parlaments verunsichert worden. Um so grösser und dringender ist unsere Informationsaufgabe, wobei wir dort besonders stark auf Ihre Mithilfe angewiesen sind.

Ich komme zum Schluss: Die bewährten Richtlinien der schweizerischen Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik, die Ihnen bestens vertraut sind, haben auch in den heutigen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen ihre Berechtigung beibehalten. Unsere innere Stabilität und ein ausreichendes Wirtschaftswachstum können nur gewahrt werden, wenn es gelingt, befriedigende internationale Rahmenbedingungen für die Auslandstätigkeit der schweizerischen Wirtschaft zu gewährleisten - vor allem ein offenes Welthandelssystem und den freien Kapitaltransfer - und dies bedingt wiederum, dass sich die Schweiz solidarisch an den Bemühungen zur Verbesserung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Nord-Süd-Beziehungen beteiligt.